



Gefangenschaft statt Freiheit

Der Staat arbeitet immer weiter an der Enteignung der Bürger. Ab dem 1. Januar 2017 gilt eine neue Regelung. Aktien, die sich nicht im Depot einer Bank befinden, sind von der Dividendenzahlung auszuschließen. Damit will man die Inhaber veranlassen, ihre Aktien in ein Depot einzulagern. Damit könnte der Staat somit über die Banken Zugriff auf dieses Kapital erlangen. Das Großkapital ist davon natürlich nicht betroffen, da sie die Möglichkeit haben, über Auslandskonten oder/und Scheinfirmen, diese Regelung zu unterlaufen.

Ebenso wie die Diskussion über die Bargeldabschaffung zielen diese Maßnahmen darauf ab, die Bürger immer besser kontrollieren zu können. Auch erlangt der Staat die Möglichkeit, in einem Notfall auf diese Vermögen zuzugreifen. Nach den Turbulenzen am Geld- und Devisenmarkt nehmen die Bürger verstärkt Zuflucht in Immobilien, Wertpapiere und Gold. Da nur noch Aktien eine gewisse Rendite versprechen, war die Nachfrage entsprechend groß. Die verbreitetste Methode der Aufbewahrung von Aktien ist die Einlieferung in ein Bankdepot. Da aber der Staat durch die Aufweichung des Bankgeheimnisses Auskunft von den Banken über die Konten und Depots erhält, verwahren immer mehr Menschen ihre Aktien zu Hause auf. Der Vorteil von Aktien und Gold besteht darin, dass - anders als bei Immobilien - es sich um Mobilien handelt, die man jederzeit an einem beliebigen Ort aufbewahren kann und problemlos und schnell verkaufen oder weitergeben kann.

Da somit dem Staat der direkte Zugriff verwehrt ist, musste ein Weg gefunden werden, um Zugriff auf dieses Kapital zu erhalten. Die vorgeschobene Argumentation, dass Aktien nicht von einer Person an eine andere Person weitergegeben werden sollen, greift nicht, da es Namensaktien gibt, die - wie der Name sagt - auf den Namen des Inhabers ausgegeben werden. Viele DAX-Unternehmen geben auch nur noch Namensaktien aus.

Die Maßnahmen, die hier eingeleitet werden, erinnern doch sehr stark an kommunistische oder diktatorische Regime, um an das Kapital der Bevölkerung zu gelangen. Man darf gespannt sein, wann die ersten Maßnahmen im Gold- und Edelmetall-Bereich erfolgen.

Anders als sonst in der deutschen Politik üblich, sind dies recht weitblickende Maßnahmen. Man kann mit ihnen unliebsame Bürger problemlos drangsalieren. Kontensperrungen, die auch heute schon gerne angewandt werden, erhalten mit der geplanten Abschaffung des Bargelds ganz neue Dimensionen. Der Bürger kommt dann nicht mehr an sein Geld und seine Wertpapiere. Immobilien können nicht veräußert werden und wenn man sich zum Gold noch etwas einfallen lässt, hat man die totale Kontrolle.